



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

zum Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 18/5023) „Abschiebungen erleichtern und beschleunigen“,

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt seinen Landtagsbeschluss vom 16.11.2016, (Drucksache 18/4882) und begrüßt das der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten sich mit einem Konsultationsverfahren an die Innenminister der Länder und des Bundes mit dem Ziel gewandt hat, einen Abschiebestopp nach Afghanistan zu erwägen. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bundesminister des Inneren die Sicherheitslage in Afghanistan vor dem Hintergrund des UNHCR-Berichts neu bewertet und einen bundesweiten Abschiebestopp verhängt.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt das Konzept der Landesregierung zum Integrierten Rückkehrmanagement. Eine frühzeitig ansetzende Beratung und ein Instrumentarium von Reintegrationsmaßnahmen fördern effektiv die Bereitschaft der Betroffenen zur freiwilligen Ausreise. Der Landtag erkennt an, dass durch diese Maßnahme die Zahl der Abschiebungen in Schleswig-Holstein auf einem niedrigen Niveau gehalten werden konnte. Damit werden den Betroffenen die Belastungen des Abschiebeverfahrens und dem Land erhebliche Kosten erspart.
Der Landtag stellt zudem fest, dass aufgrund dieses Umstandes die Zahl der durchgeführten Abschiebungen in Schleswig-Holstein keine Aussage über die tatsächlich Anzahl der durchgeführten aufenthaltsbeendenden Maßnahmen treffen kann.

3. Der Landtag begrüßt weiter die Entlastung der Kommunen durch die Kooperationsangebote des Landesamts für Ausländerangelegenheiten bei der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen.
4. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt den Ausbau der Förderung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration durch die Landesregierung.
5. Der Landtag lehnt die Wiedereröffnung der Abschiebehaftanstalt Rendsburg ab.

Serpil Midyatli
und Fraktion

Burkhard Peters
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW